

Staatsvölker und Minderheiten in Jugoslawien

Autor(en): **Meier, Viktor**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **58 (1978)**

Heft 2

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-163419>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Staatsvölker und Minderheiten in Jugoslawien

Die Frage der Staatsvölker und Minderheiten hat sich in der Geschichte des jugoslawischen Staates zu verschiedenen Zeiten in verschiedener Form gestellt. Im ersten Jugoslawien gab es de facto ein Staatsvolk, die Serben, in gewissem Sinne noch ein zweites, die Slowenen. Alle andern Nationen spielten praktisch die Rolle von Minderheiten, auch wenn sie, wie die Kroaten, das zweite Volk und der zweitwichtigste konstituive Faktor des jugoslawischen Staates waren, ohne den dieser 1918 gar nicht hätte gegründet werden können. Die Frage, ob man «Staatsvolk» oder «Minderheit» sei, war im alten Jugoslawien in der Praxis davon abhängig, ob die massgebende Partei des betreffenden Volkes an der Regierungsgewalt teilhatte, die konstant in erster Linie vom serbischen Element, erstens von der Krone und zweitens von den Nachfolgelagern der serbischen Radikalen, die Pašić angeführt hatte, repräsentiert wurde. Es gab Zeiten, da die kroatische Bauernpartei unter Stjepan Radić und später Vladko Maček in der Regierung mitarbeiteten, und es gab Zeiten, da die kroatischen Führer nicht nur in der Opposition, sondern sogar im Gefängnis oder im Exil sassen. Das zwischen Maček und Ministerpräsident Cvetković 1939 abgeschlossene «Sporazum» (Übereinkommen) brachte zwar, wenn auch zu spät, einen serbisch-kroatischen Ausgleich, aber schuf für die Kroaten und deren autonome «Banovina» eine Art Sonderrecht, die sie teilweise aus dem Rahmen des Gesamtstaates hinausführte, also im Grunde, wenn man will, ihre «Minderheitenstellung» fixierte. Es gab auch Zeiten, da die Führer der bosnischen Muslimanen an der Regierungsgewalt beteiligt waren. Die Slowenen waren es meistens; man kann sagen, dass die Existenz des alten Jugoslawiens geradezu auf der Achse Belgrad–Ljubljana beruhte. Die Montenegriner betrachteten sich, von Ausnahmen abgesehen, gefühlsmässig als Teil der serbischen Nation, und die Mazedonier sollten zu Serben gezwungen werden. Die nichtslawischen Minderheiten waren im alten Jugoslawien entweder, wie die Deutschen oder Ungarn, von jedem Anteil an der nationalen Politik ausgeschlossen (oder schlossen sich selbst aus), oder sie wurden, wie die Albaner, richtiggehend unterdrückt.

Das neue, kommunistische Jugoslawien richtete nach den Greueln der Kriegszeit das Augenmerk zunächst einmal, unter dem Slogan «Brüderlich-

keit – Einheit», auf die Aussöhnung zwischen Serben und Kroaten, freilich unter kommunistischem, sozusagen «internationalistischem» Vorzeichen und deshalb, wie sich später zeigen sollte, einseitig und unvollkommen. Die Partisanen Titos hatten den Krieg gegen ihre internen Gegner gewonnen, weil sie von Anfang an zwar auf die gesamtjugoslawische Karte gesetzt hatten, aber zugleich für die einzelnen Völker Jugoslawiens nationale Eigenständigkeit postulierten. Mit dieser Strategie konnten sie sich nicht nur, im Gegensatz zu ihren national «exklusiven» Gegnern, einen grösseren Operationsraum sichern, sondern auch a priori die gesamtjugoslawisch gesinnten Landesteile für sich gewinnen und darüber hinaus erst noch dort die einzig mögliche Rettung anbieten, wo zufolge nationaler Verfolgung die Angst und die Not herrschte. Die staatsrechtliche Lösung, welche die Kommunisten nach dem Krieg einführten, war die Föderation mit ihren sechs Republiken und zwei autonomen Gebieten (innerhalb Serbiens). Im Prinzip hat sich die Lösung bewährt, da sie an die historischen Gegebenheiten anknüpfte und irgendwie die im Volksempfinden lebendigen regionalen Abgrenzungen reflektiert. Es ist bezeichnend, dass auch in Zeiten hohen nationalistischen Wellengangs in dieser oder jener Republik nie «Gebietsforderungen» an eine Nachbarrepublik laut wurden. In den 1971 beschlossenen Verfassungsamandements, die im wesentlichen von der 1974 proklamierten neuen Verfassung rezipiert wurden, ist der Staatscharakter der Republiken ausdrücklich verankert.

Die Verfassung von 1974 kennt den Begriff «Minderheiten» überhaupt nicht; sie spricht von «Völkern und Völkerschaften» (narodi i narodnosti), nach anderer Terminologie «Nationen und Nationalitäten». In der Verfassung werden indessen diese «Völker und Völkerschaften» nicht aufgezählt, und ebenso werden die im Bund gültigen Amtssprachen nicht ausdrücklich genannt. Die Verfassung verankert nur das Recht zu freiem nationalen Bekenntnis und erklärt, dass die «Sprachen der Völker und Völkerschaften» gleichberechtigt seien. Niemand darf allerdings gezwungen werden, sich zu einer bestimmten Nation oder Nationalität zu bekennen. Im übrigen wird auf die Bundesgesetzgebung verwiesen. Nach dieser sind Amtssprachen im Bund serbokroatisch (oder kroatisch-serbisch), slowenisch und mazedonisch; die Sprachen der «Nationalitäten» sind als Amtssprachen in den Gebieten zugelassen, wo die «Nationalitäten» leben. Die beiden Schriftarten sind gleichberechtigt. Art. 269 der Verfassung verweist hinsichtlich der Publikation der Bundesgesetze auf die «durch die Verfassungen der Republiken festgesetzten Sprachen der Völker Jugoslawiens» und erwähnt dann zusätzlich noch ungarisch und albanisch. Nach dem geltenden Gesetz über die Volkszählungen, aufgrund dessen die Volkszählung von 1971 durchgeführt wurde, sind unter der Rubrik «Völker» aufgezählt die Serben, Kroaten, Slowenen, Maze-

donier, Montenegriner, Muslimanen und sogar die national Nicht-Erklärten. Unter dem Begriff «Völkerschaften» sind aufgeführt alle andern, mit den Albanern an der Spitze. Das führt zum Ergebnis, dass die «Nationalität» der Albaner mit rund 1,3 Millionen zahlenmässig stärker ist als die «Völker» der Mazedonier (1,2 Millionen) und der Montenegriner (rund 509 000). Das Kriterium ist, dass als «Völker» diejenigen anerkannt werden, die ihren nationalen Sitz und ihr Hauptsiedlungsgebiet innerhalb Jugoslawiens haben, während bei den «Nationalitäten» das nationale Zentrum ausserhalb der Grenzen Jugoslawiens angenommen wird. Aber sind die Albaner in Jugoslawien eine Minderheit? Weshalb ist ihre Region Kosovo mit rund 1,7 Millionen Einwohnern «nur» ein autonomes Gebiet innerhalb Serbiens, während Montenegro mit seiner halben Million Einwohner eine vollgültige Republik ist? Und wieso sind die Muslimanen, hauptsächlich in Bosnien, eine eigene Nation, obschon sie sich nur aufgrund ihrer (formalen oder wirklichen) Religionszugehörigkeit von den Serben oder Kroaten unterscheiden?

Diese Fragen stellen heisst den Gesamtkomplex dessen aufwerfen, was man in Jugoslawien mit dem Begriff «nationale Frage» umschliesst. In diesem Komplex ist vieles vermischt und kaum auseinanderzuhalten: Geschichte, politische Zweckmässigkeit, staatsrechtlicher Formzwang, oft auch Verlegenheit. Nicht nur die «Nationen» und «Nationalitäten» treten als Faktoren auf, auch die Republiken. Oft stellt sich ein Nationalitätenproblem in einer Republik völlig anders als in einer andern. Schon die Frage der nationalen Abgrenzung kann Kopfzerbrechen verursachen. Die Hauptvölker, Serben und Kroaten, unterscheiden sich nach der Religion, nicht nach sprachlichen oder sonstigen ethnischen Merkmalen. Alle Versuche, ethnische Unterscheidungsmerkmale aufzufinden und einzuführen, sind hoffnungslos gescheitert; nicht einmal die Grenzen der verschiedenen Dialekte bieten Anhaltspunkte. Die Slowenen, von denen man sagt, dass sie «kompakt» innerhalb der Grenzen einer Republik leben, können dies auch nur deshalb sagen, weil ihre Grenze gegenüber Kroatien historisch schon lange besteht und dadurch die nationale Abgrenzung erleichtert wurde. Würde man auf die Sprache abstellen, so müsste man zwischen Kroatien und Slowenien einen rund 30 km breiten Gürtel ziehen, innerhalb dessen es schwer zu sagen wäre, was nun slowenisch oder kroatisch sei. Titos Geburtsort Kumrovec gehört dazu. Auch zwischen Serbien und Mazedonien sind die Sprach- und sogar die Volksgrenzen fliessend; in der nordmazedonischen Stadt Kumanovo zum Beispiel findet man nicht wenige Leute, die nicht ganz verstehen, weshalb ihre Kinder in der Schule den «Dialekt von Veleš», das heisst das Schriftmazedonische, erlernen müssten, obschon sie damit nirgends hinkämen und ihr eigener Dialekt der benachbarten

serbischen Gegend von Vranje, die serbisch als Schriftsprache hat, viel näher stehe. Solches ändert freilich nichts an der Tatsache, dass sich die slawischen Mazedonier heute als eigene Nation fühlen und dem in allen Sparten des öffentlichen Lebens auch virulent Ausdruck geben. Im Gegensatz dazu ist die nationale Abgrenzung der Montenegriner von den Serben eine Entwicklung neuesten Datums; es ist wohl noch verfrüht und schwer zu sagen, wie weit sie fortgeschritten ist und ob sie dauernden Charakter hat. Dass die Montenegriner sich seit je als etwas Eigenes fühlten, steht fest, aber dies liess sich in der Vergangenheit sehr wohl mit dem Gefühl der «Einheit» mit den Serben und mit Serbien vereinbaren. Heute scheint sich der Blickwinkel indessen zu verschieben, vielleicht als indirekte Folge des föderativen Staatsaufbaus, der den Montenegrinern eine eigene Staatlichkeit gibt, ohne dass sie dabei auf die übergeordnete Staatlichkeit mit den Serben und den andern jugoslawischen Völkern verzichten müssten. Die Muslimanen in Bosnien waren historisch trotz gleicher Sprache wie Serben und Kroaten stets etwas Eigenes, die Herrschicht oder zumindest die Privilegierten im ottomanisch regierten Bosnien. Nach dem Abzug der Türken lehnten sie sich eher an die Kroaten an, da ihnen der Irredentismus der Serben stärker und damit gefährlicher erschien. Nach dem letzten Krieg deklarierten sie sich national als «Jugoslawen» oder «nicht erklärt», bis ihnen der Status einer «Nation» zuerkannt wurde. Heute bewegen sie sich in der Republik Bosnien-Herzegowina auf die absolute Mehrheit zu; es wird interessant sein, zu sehen, in welcher Richtung sie dann ihr Gewicht innerhalb des Gesamtstaates zur Geltung bringen werden. Heute gilt die Republik Bosnien-Herzegowina als Hauptsitz der zentralistischen und sogar dogmatischen Richtung innerhalb des politischen Spektrums Jugoslawiens, aber dies ist vielleicht deshalb so, weil die Republik mit ihren drei Volksgruppen der Muslimanen, Serben und Kroaten ein mühsames inneres Gleichgewicht halten muss. Zu starke Eigenständigkeit der national einheitlicheren Nachbarrepubliken und zu starke Eigenentwicklungen in ihnen besonders nach der liberalen Seite hin oder gar nationalen Seite (Kroatien 1971) werden in Bosnien immer die Verhältnisse stören. Wenn die Muslimanen einmal politisch die führende Rolle in Bosnien-Herzegowina erreicht haben, wird sich das in erster Linie von ihnen getragene bosnische Regionalinteresse vielleicht eher durchsetzen als der Hang zum jugoslawischen Zentralismus. Das sind Fragen für die Zukunft. Schon jetzt freilich muss man in Bosnien einen wichtigen Faktor sehen, von dessen Orientierung für das Gleichgewicht im gesamtjugoslawischen Rahmen viel abhängt. Neben den so ihre Eigenart vital neu aufbauenden Muslimanen in Bosnien zählen sich in den Volkszählungen zu dieser «Nation» auch solche, die darin eher einen Ausweg aus Dilemmen suchen. Zum Beispiel gibt es im Kosovo, bei Prizren, islamisierte

Serben, die nun endlich in den «Muselmanen» die nationale Kategorie gefunden haben, die es ihnen ermöglicht, zwischen muselmanischen Albanern und orthodoxen Serben eine Identität zu sehen.

Man hat die südslawischen Nationen, besonders die Serben, Kroaten und auch die Muselmanen, oft als «Bekenntnisnationen» zu bezeichnen versucht, weil sie sich statt durch «objektive» ethnisch-sprachliche Merkmale durch ein Bekenntnis, die Religion, unterscheiden. Das trifft bis zu einem gewissen Grad zu, aber wenn die Religion, wie dies im südslawischen Raum der Fall ist, eine historisch angeborene Kategorie ist, die vom Einzelnen so wenig bestimmt werden kann, dass sogar Atheisten nichts dabei finden, sich als «katholisch» oder «orthodox» zu bezeichnen, muss man wohl eher auch von einem «objektiven» Merkmal sprechen. Vielleicht käme man mit der Deutung weiter, wenn man den türkisch-ottomanischen «Millet»-Begriff heranzieht, der bekanntlich Nationen mit Religionen identifizierte und der zur Türkenzeit im jugoslawischen Raum auch angewandt wurde.

Republiken, Nationen

Man kann wohl mit Recht behaupten, dass in Jugoslawien in bezug auf die nationale Frage nicht die Minderheiten, sondern die Abgrenzung und das Verhältnis der Staatsvölker, also der Nationen, untereinander das Hauptproblem bilden. Gegenüber der Vorkriegszeit neu, und in gewissem Sinne auch komplizierend, wirkt die Tatsache, dass diese Völker, im Gegensatz zu damals, sich nicht nur durch politisch repräsentative Nationalparteien im Rahmen des Gesamtstaates ihren Ausdruck finden, sondern dass sie sich primär durch die Republiken ausdrücken müssen. Es gibt indessen ausser Slowenien und zum Teil Montenegro keine national kompakten Republiken; Serbien ist es auch nur, wenn man das «engere Serbien», also die Republik Serbien ohne die beiden autonomen Gebiete Wojwodina und Kosovo, nimmt. Kroatien hat einen starken serbischen Bevölkerungsteil innerhalb seiner Grenzen. Diese Realität des alten dreinamigen Königreiches Kroatien – Slawonien – Dalmatien, die geographisch mit der heutigen Republik Kroatien weitgehend übereinstimmt, führte vor 150 Jahren die Neuerwecker der kroatischen Nation, die «Illyristen» und den Kreis um Bischof Strossmayer dazu, im vornherein auf einen nationalen kroatischen «Exklusivismus» zu verzichten und die nationalen Gefühle des kroatischen Volkes in jugoslawische Bahnen zu lenken. Das Experiment misslang, aber die Richtung ist im kroatischen Leben nach wie vor präsent. Auch die Kommunisten vertreten sie, gewollt oder ungewollt. Deshalb vielleicht die gewisse Hilflosigkeit, mit der sie 1970/71 dem sogenannten kroatischen Nationalismus

ideologisch gegenüberstanden. Mit dem Begriff «Nation» können sie auch heute wenig anfangen. In Kroatien haben sie eindeutig die «Nationspflege» andern Kräften, vor allem der katholischen Kirche, überlassen müssen, und es wird dort für die Zukunft vielleicht fast mehr vom Verantwortungsgefühl dieser nichtkommunistischen Faktoren als von den Kommunisten abhängen, wie sich die Situation weiter entwickelt.

Aber auch die Serben sind in ihrer Orientierung gegenüber dem jugoslawischen Gesamtstaat nicht einheitlich. Im eigentlichen Serbien handelt es sich historisch gesehen um einen exklusiven Nationalismus mit Vormachtstreben, während die in Kroatien wohnenden Serben, und sogar zum Teil diejenigen in Bosnien, zu einem jugoslawischen Unitarismus neigen, der freilich auf der Annahme beruht, dass die Serben als stärkstes Volk Jugoslawiens auch die führende Rolle spielen müssten. Das Serbentum hat als nationaler Faktor schwere Abstriche machen müssen; diese sind seit dem Sturz des als Grossserben bezeichneten, vorher für die Innenpolitik zeichnenden Spitzenpolitikers Ranković im Jahre 1966 noch evidenter geworden. Nach dem Kriege deklarierten sich die Mazedonier als selbständige Nation. Dies anzuerkennen, fällt dem traditionellen Serbentum heute noch schwer; die serbisch-orthodoxe Kirche verhindert nach wie vor, dass der ökumenische Patriarch in Konstantinopel die neue mazedonische Kirche als autokephal anerkennen kann. Der Kosovo mit seiner albanischen Mehrheit wurde, wie die Wojwodina mit ihren Magyaren, innerhalb der Republik Serbien autonom, wenn auch bis 1966 in beiden Fällen die serbische Hegemonie erhalten blieb (in der Wojwodina in beträchtlichem Masse auch heute noch). Schliesslich sahen sich die Serben in Serbien ohne direkten Einfluss auf die Serben in Bosnien und Kroatien, und zum Schluss kamen noch die Montenegriner mit ihren nationalen Selbständigkeitstendenzen. Durch die Regionalisierung hat der kulturelle Zusammenhalt der serbischen Nation nachgelassen; die Frage, ob ein Serbe aus Bosnien oder aus der Republik Kroatien kulturell noch in erster Linie nach Belgrad blickt, kann nicht eindeutig beantwortet werden.

Die Minderheiten, das heisst die «Völkerschaften», bieten in bezug auf die Abgrenzung und in bezug auf ihr Selbstverständnis wenig Probleme. Die deutsche und die italienische Minorität sind auf unbedeutende Reste reduziert, und die Bevölkerungssplitter, die Ostblocknationen angehören, sind heute froh, dass sie in Jugoslawien mit seinem relativ hohen Lebensstandard, seiner Freizügigkeit und seiner nationalen Unabhängigkeit leben können; das gilt sogar für die Magyaren in der Wojwodina. Die einzige Minderheit, die wirklich Probleme schafft, sind die zahlenmässig starken Albaner. Von den 1,3 Millionen Albanern in Jugoslawien (1971) wohnen über 900000 im Kosovo, fast 300000 in Mazedonien und gegen 40000 in Montenegro.

Politisch dominieren die Albaner indessen nur im Kosovo, und auch dies erst seit einigen Jahren. In Mazedonien ist ihre Stellung heute zufriedenstellend, aber sie sind eine Minderheit und stehen einem ausgesprochenen «Staatsvolk» gegenüber. In Montenegro sind sie eine Minderheit, die noch sehr für ihre Rechte kämpfen muss. Im Grunde sollte der Kosovo nach Grösse und Bevölkerungszahl eine eigene Republik bilden. Damit könnte Jugoslawien für seine albanische Bevölkerung auch jenes gleichwertige nationale Zentrum gegenüber Tirana schaffen, das mit dem Zunehmen des albanischen Nationalismus ohnehin immer dringender wird. Noch lässt der wenig anziehende Charakter des Regimes Hodscha die nationale Affinität der Kosovo-Albaner zum «Mutterland» in Grenzen halten, und die Kontakte sind auf einen kleinen Kreis beschränkt, aber das kann sich einmal ändern. Eine eigene Republik Kosovo würde indessen gewaltige psychologische und politische Probleme aufwerfen: Was wäre die Reaktion der Serben, für die der Kosovo das Zentrum ihres mittelalterlichen Reiches ist? Die noch im Kosovo wohnenden Serben und Montenegriner fühlen sich bereits jetzt eingeengt. Könnte sich Jugoslawien mit einer albanischen Republik in seinem Verband noch so bezeichnen, das heisst als Staat der Südslawen? Der ganze Staatszweck müsste sozusagen neu definiert werden, noch mehr weg vom Nationalen, übernational. Das aber würde wiederum andere Reaktionen auf den Plan rufen. Bisher hilft man sich pragmatisch: Die Region Kosovo betrachtet sich wie die voll selbständigen Republiken als «konstituives Element» Jugoslawiens und hat in der Praxis mehr oder weniger die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie eine Republik. Mit den Bundesbehörden verkehrt sie eher direkt als über die Behörden der Republik Serbien, aber weil sie im Verband der Republik Serbien lebt, profitiert sie von deren Budgetdotationen und deren Entwicklungsfonds.

Pragmatismus liegt überhaupt in den letzten Jahren zunehmend über der gesamten Nationalitätenpolitik Jugoslawiens. Schon die Tatsache, dass wichtige Dinge gar nicht durch die Verfassung, sondern durch die flexiblere einfache Gesetzgebung geregelt werden, sofern man sie nicht überhaupt offen lässt und der Entwicklung oder dem Zufall überantwortet, legt davon Zeugnis ab. Es stellt sich die Frage, ob dies einer Absicht oder einer Verlegenheit entspricht, oder grundsätzlicher gestellt, ob der Bund der Kommunisten Jugoslawiens eine bewusste Politik zur «Lösung» der nationalen Frage verfolgt oder ob er die Dinge treiben lässt. Die Antwort müsste wohl lauten, dass der Bund der Kommunisten in Jugoslawien wahrscheinlich die nationale Frage so wenig wird «lösen» können wie die Regierungen der Vorkriegszeit. Es handelt sich um einen langen, permanenten Prozess. Für jene Zeit, da das kommunistische Regime jede nationale Regelung bei den einzelnen Völkern unterdrückte, bezahlte es 1970/71. Die Partei kann sich

nationalen Einflüssen nicht entziehen; diese machen sich auf allen Niveaus des Apparates geltend. Ihre Auswirkungen hängen nicht zuletzt davon ab, ob sie in Republiken, vier Regionen und sogar Kreisen von politisch starken Persönlichkeiten getragen werden. Nach 1971 ist ein Grossteil der wirklich starken Führerpersönlichkeiten in den einzelnen Republiken ausgeschaltet worden; aber das dürfte sich wieder ändern. Auf der andern Seite sind aufgrund der neuen Verfassung bessere, wenn auch sehr komplizierte, staatsrechtliche Mechanismen zum Ausgleich der Interessen zwischen den Republiken und andern interessierten Faktoren geschaffen worden. Diese Mechanismen, die auf dem Prinzip des Ausgleichs und der Übereinkunft (dogovaranje) beruhen, können auch dann, wenn die Republiken wieder stärker als eigenständige Faktoren in Erscheinung treten, als dies im Moment der Fall ist, bestimmt viel von den Interessengegensätzen absorbieren. Jenes Konzept von der sozusagen anationalen, zentralistischen Partei, welche den national gegliederten, dezentralisierten Staat kompensieren oder kontrollieren könne, scheint dagegen fragwürdig; es entspricht nicht einmal der Tradition der Partei und hat auch nur gerade in der Zeit nach der kroatischen Krise 1971 eine gewisse Wirkung entfaltet. Sogar dabei war vieles einzig auf die Person Titos zurückzuführen. Man muss für die Zukunft, auch für die Zukunft «nach Tito», die Entwicklung der nationalen Frage in Jugoslawien kaum apokalyptisch sehen. Voraussetzung ist, dass Realismus, Pragmatismus und Elastizität im Spiel bleiben.

Nationen und Nationalitäten in Jugoslawien 1971

Quelle: Cinjenice o SFR Jugoslaviji, offizielle Regierungspublikation, Belgrad 1976.

Montenegriner	508 843
Kroaten	4 526 782
Mazedonier	1 194 784
Muslimanen	1 729 932
Slowenen	1 678 032
Serben	8 143 246
national nicht erklärt	320 853
Albaner	1 309 523
Magyaren	477 374
Türken	127 920
Romi (Zigeuner)	78 485
Rumänen	58 570
Italiener	21 791
usw.	
Jugoslawien, total Einwohner 1971:	20 522 972